

Einmarsch feindlicher Truppen für das feindliche Ausland ist so viel Schwerer würde er für das deutsche Volk bedeuten. Wir wollen hier darauf verzichten, eine Wiederholung des Bildes zu malen, das die Mittelmächte auf ihrem Gebiet in Ostpreußen, Galizien, Ungarn, Siebenbürgen, was die Gegner in Polen und Nordfrankreich erlebt haben.

Wir können uns füreinander freuen: Die Invasion würde für Deutschland die Dinge nicht innerhalb kürzer Zeit im Gange führen. Von bedenke die Folgen, wenn nicht nur die Willkürmaffen des deutschen Heeres ins Land zurückströmen, sondern es dem Fuße der Feindlichen Armeen folgten! Alle Eisenbahnen und Verkehrsmittel würden für militärische Zwecke belegt, die Nahrungsanfuhr müßte stoppen, die Verteilung aufhören und die gegnerischen Armeen würden dazu beitragen, daß binnen kurzer Zeit die Räume aufgebracht wären mit denen wir bei strenger Nationierung bis zur höchsten Ernst auskommen sollen. Weitere Auswirkungen erübrigten sich. So sehr sich das Gefühl gegen eine rechtliche Behandlung dieses Themas sträuben mag, so nötig ist es, nämlich anzusprechen: ein letztes Zusammenfassen aller nationalen Kräfte zur Abwehr der Invasion würde erheblich weniger Opfer kosten als die Zustände, die sich aus dem feindlichen Einmarsch ergeben müßten. Das deutsche Volk hätte darum, wenn uns die Waffenstillstands- und

Friedensbedingungen nicht bald genannt werden, nur eine Wahl. Da die Feinde rasch schnell breiten, auch von der Regierung rücksichtslos handeln verlangt werden. Es ist nötig, den Gegnern klipp und klar zu erklären: Wir erwarten eure Waffenstillstandsbedingungen, wir sind bereit, sie anzunehmen, wir sind aber zum Kampf bis aufs Messer gezwungen und entschlossen, wenn einer Ziel der Einmarsch in Deutschland ist!

Die Vernunft sträubt sich gegen den Gedanken, daß die Gegner irgendwelchen Generalsträumen zufolge dieses legibleitige Zusammensetzen an Deutschlands Grenzen mit allen Dingen in Raum zu nehmen gewillt sind. Wir halten es für wahrscheinlicher, daß darüber die Vernunft siegt und die Einstellung des Blutverlustes nur noch eine Frage von Tagen ist. Aber es kommt in dieser Stunde nicht nur darauf an, was wünschenswert und was wahrscheinlich ist, sondern mehr noch darauf, was möglich ist. Darum muß das deutsche Volk den hier angedeuteten Möglichkeiten entschlossen ins Auge sehen und die deutsche Regierung muß ihre Entschlüsse danach treffen. Wie die Blätter melden, sind die Arbeiten zur Verteidigung der deutschen Grenzen, namentlich der am nächsten bedrohten österreichischen Grenz im Gange. Hoffen wir, daß in der französisch-englisch-italienischen Leidenschaftlichkeit die Vernunft in zwölfter Stunde siegt.

Revolution in Wien und Budapest. – Die neuen Staaten. – Rückzug der österreichisch-ungarischen Truppen. – Lissa erschossen.

Der Kaiser hat die Hoffnung gehabt zu haben, durch den Abfall von Deutschland seine Krone retten zu können. Aber er hat sich offenbar mit seinem Vorgehen in die Fesseln gelegt. Er hat die Deutschen Österreichs aufs äußerste aufgebracht, und als eine Folge der Unzufriedenheit kann man es wohl betrachten, daß auch in Wien sich eine republikanische Bewegung durchsetzen scheint. Die Nationalversammlung hat eine neue Verfassung ausgearbeitet, die für die Dynastie keinen Raum mehr läßt. Im übrigen hat sich die Bildung in Wien im großen und ganzen ohne alle Unruhen vollzogen, ohne daß nur ein Tropfen Blut gestossen ist. Es werden zwar Soldatenräte gebildet werden, die aber keine politische Bedeutung haben, sondern nur die Demobilisierung durchzuführen haben. Die Soldaten sollen durch einen Schwur vereidigt werden, durch den sie geloben, der provisorischen Nationalversammlung und den von ihr eingesetzten Behörden Gehorhm zu leisten. Die Regierung Lammasch hat gar keine Bedeutung mehr. Lammasch hat erklärt, er sei ermächtigt, die Regierungsgeschäfte innerhalb des deutschen Siedlungsgebietes dem deutsch-österreichischen Staatsrat zu übergeben. Man mög die Bildung des deutsch-österreichischen Staats als vollendet ansehen.

Auch in Budapest hat sich die Revolution vollzogen. Nach einer Wiedergabe der Wißschaft hat ein Militärrat die Herrschaft übernommen und die Republik ausgerufen. Aus einem Telegramm Karolys an das Berliner Tageblatt geht hervor, daß der Nationalrat Herr der Lage ist und die Herrschaft in der Hand hat. Graf Karolyi hat nun doch ein neues Ministerium gebildet. Da in Ungarn offenbar die radikalsten Parteien das Heft in der Hand haben, dürfte Kaiser Karl auch dort wenig Aussicht haben, als Landesvater bedacht zu werden. Er wird wohl die Zahl der Monarchen vermehren müssen, die in der Schweiz oder sonst irgendwo sich von den Anstrengungen und Auszügen der Regierungzeit erholt haben.

In den tschechischen Teilen von Böhmen und Mähren hat sich die Übernahme der Verwaltung durch die tschechischen Nationalstämme ohne Blutvergießen vollzogen. In Prag ist die Arbeit überall aufgenommen worden. Dem Feldmarschalleutnant Rothman, der mit zwei seiner Generalstabsoffiziere einen Putsch gegen die tschecho-slowakische Regierung unternommen wollte, verweigerten die ungarnischen Soldaten, die er dazu verwenden wollte, d. h. Gehorhm. Der Feldmarschalleutnant wurde verhaftet. Der deutsche Generalstabschef von Schmett hat den Nationalausschuss zur Errichtung des selbständigen tschecho-slowakischen Staats befürwortet und den Wunsch ausgesprochen, daß gute Beziehungen zwischen dem tschecho-slowakischen Staat und Deutschland bestehen möchten. Deutschland hat also die tschecho-slowakische Republik ausdrücklich anerkannt. Es ist kein Zweifel, daß jetzt auf tschechischem Boden ein neuer Staat entstanden ist. Wie weit es den Tschechen gelingen wird, ihre Herrschaft auch auf Deutsch-Böhmen auszudehnen, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. Die Deutsch-Böhmen sträuben sich auf jeden Fall dagegen mit Händen und Füßen und die deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmen haben eine vorläufige Verfassung für Deutsch-Böhmen geschaffen und eine Landesvertretung in Reichenberg eingesetzt, die die Verwaltung in Deutsch-Böhmen übernehmen soll. Die endgültige Entscheidung über die Grenzen des tschechischen Staates wird die Friedenskonferenz haben.

Auch die Bildung des jugo-slavischen Staats kann man als vollendet ansehen. Der königliche Landtag hat einen Entschluß angenommen, daß die Verbindung zwischen Dalmatien, Kroaten, Slawonen, Istrien, Italien und Österreich und Ungarn andererseits gelöst sei. In Bosnien sind die Serben eingerichtet. In Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens, ist der großherzogliche Staat proklamiert worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Zusammenschluß des neuen jugo-slavischen Staates mit dem Königreich Serbien erfolgt. Durch diesen Staat würden die Madjaren vollkommen vom Meer abgeschlossen werden. Das früher bestehende Verhältnis würde sich also gerade umkehren. Während es früher in erster Reihe die Madjaren waren, die den Ausgang zum Meer den Serben vorponierten, wird in Zukunft der Ausgang zum Meer für die madjarischen Gebiete in den Händen der Serben sein.

Bisher haben sich die Unruhen in Österreich-Ungarn verhältnismäßig ruhig vollzogen. Für den deutsch-österreichischen Staat liegt eine große Gefahr darin, daß es seiner Bevölkerung vollkommen an Nahrungsmitteln mangelt. Deutschland hatte versprochen, die Deustch-Österreich mit Getreide zu unterstützen. Ob das tatsächlich geschehen und ob das überhaupt möglich sein wird, dürfte davon abhängen, ob Deutschland auch bald einen Waffenstillstand erhalten kann. Österreich-Ungarn ist es bisher nicht gelungen, einen Abschluß des Waffenstillstandes zu erreichen. Die österreichisch-ungarische Herrschaft zieht trotzdem ihre Truppen aus den besetzten italienischen und serbischen Gebieten zurück. Es zeigen sich bereits auch bedeutsame Auflösungsscheinungen bei der kriegsreichung-ungarischen Armee. Es sollen Gehorzmäder-

wegungen vorkommen. Durch Südtirol und Kroatien sollen bereits einige Soldatenverbände ziehen, die sengen und brennen. Man kann nur hoffen, daß den Ländern im Südosten eine ungeordnete Auflösung der Armeen, wie sie in Rußland erlebt wurde, erwartet bleibt. Wilson soll die Absicht haben, in seiner Antwort an Österreich-Ungarn die Annahme aller Bedingungen einschließlich der Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen zu verlangen. Diese Forderung Wilsons wäre durch die Tatsachen überholt. Österreich-Ungarn ist nicht mehr da, sondern auf seinem Gebiet ist eine Reihe neuer Staaten entstanden. Die Nationalitäten haben ihre Selbständigkeit bereits errungen.

Graf Lissz ermodet.

wid. Budapest, 31. Oktober. (Meldung des Ungarischen Konsulats.) Graf Stephan Lissz ist das Opfer eines Attentats geworden. Auf einem Spaziergang mit einer Verwandten in der Herrenstraße wurde er von Soldaten durch Revolverschläge getötet. Die Begleiterin ist angeblich verwundet.

Graf Stephan Lissz hat den Weltkrieg, an dessen Ausbruch er ein gutwilliger Teilnehmer war, nicht überlebt. Ungarischer Ministerpräsident im Jahre 1914, war er der Träger einer russischen und madjarischen Gewaltspolitik gegen die Slowaken gewesen. Die agrarische Schugopolitik Ungarns verschaffte den Russen, der in der Ermordung des österreichischen Thronfolgers seinen Höhepunkt fand. Von diesem Tage an war Lissz haupthäufigster Träger des Gedankens, daß nur ein Staat das alte Österreich mit seinem deutsch-madjarischen Herrschaftsgebiet retten könnte. Mit dem Wechselgang des Kriegsfeldes fand auch die einstige fast unbestreitbare Macht des Chefs der sogenannten "Arbeitspartei", deren schärfster Gegner der jetzt zur Herrschaft gelangte Graf Karolyi, genommen. Lissz begann in seinen Reden den Verständigungskreis zu predigen und gab schließlich in seiner letzten Rede mit der Offenheit, die ihm siebzehn eigentlich war, zu, daß dieser Krieg verloren sei. Er hat den verlorenen Krieg nicht überleben können, und mit der madjarischen Gewaltspolitik fand auch ihr willensstärkster Vertreter ins Grab.

Lissz war im Jahre 1861 als Sohn des berühmten ungarischen Ministerpräsidenten József Lissz geboren, war 1886 zum erstenmal in den ungarischen Reichstag gewählt worden und bekleidete seitdem wiederholt das Amt des ungarischen Ministerpräsidenten. Seine legitime Ministerpräsidentschaft endete im Jahre 1917 aus Anlaß der Wahlreform, die die Krone durchzuführen wollte, der aber Lissz Widerstand leistete.

Nationalregierung in Wien.

Dem Berliner Tageblatt geht aus Wien folgende Schilderung zu:

Die Republik ist auf dem Marsch. Die Ereignisse überzeugen sich seit heute morgen darum, daß niemand sagen kann, was die nächsten Tage bringen werden. Die Bewegung hat heute vormittag mit einer großen Kundgebung der Wiener Studentenschaft, zu der sich aber auch Arbeiter gesellt hatten, eingelebt. Unter dem brausenden Beifall der Menge leiert der Abgeordnete Menner, auf der Rampe des Parlaments stehend, die Einigkeit von Bürger und Soldat, von Arbeiter und Bauer. Im Namen des Nationalrates teilt Reichsgraf Dinghofer mit, daß die Nationalregierung sich auf jeden Fall dagegen mit Händen und Füßen und die deutsch-slowakische Republik gegen die tschechischen Bahnen auf den Rasten vor dem Parlamentsgebäude eingezogen. Um 8 Uhr nachmittags tritt die Nationalversammlung zusammen.

Wir laufen Jubel wie die mächtige rote Fahne bezeichnen, die die Arbeiter der Vororte Wiens vor dem Landhaus entfalten. Tausender Beifall begleitet die Melden der sozialistischen Abgeordneten, die vom Ballon des Landhauses die republikanische Idee feiern. Inzwischen hat die Nationalversammlung die gemeldete Note an Wilson und den vorgelegten Verfassungsentwurf angenommen. In dieser Verfassung ist juristisch kein Platz mehr für die Krone. Die obere und die geschiedene Gewalt hat die Nationalversammlung. In die vollziehende Gewalt teilen sich Staatsrat und Staatsregierung.

Um 8 Uhr abends tritt eine überraschende Wendung ein, vor dem Landhaus erscheint ein nach löschen zählernder Zug von Soldaten und Offizieren. Zugleich umlagern viele Tausende von Soldaten und Arbeiter das Kriegsministerium. Eine Deputation von Soldaten und Offizieren begibt sich zum Nationalrat, stellt Soldatenräte zur Verfügung und fordert die Bildung eines Aufhebung der Kaiserkrone. Es wird beschlossen, ein provvisorisches Soldaten- und Offizierskomitee zu bilden, das morgen vorzeitig zu einer Versammlung mit den Vertretern des Nationalrates zusammenkommt. Mit lauten Hochrufen nehmen die Soldaten auf der Straße die Meldung von diesen Vereinbarungen auf. Dann begibt sich ein Mitglied des Nationalrates mit einem Offizier und einem Soldaten auf Schalen des Militärommandos vor das Kriegsministerium, um die Menge zum Verlassen des Platzes zu bewegen.

Die Regierung von Deutsch-Oesterreich.

Wien, 31. Oktober. Die deutsch-österreichische Regierung ist heute gebildet worden. Zu Staatssekretären waren benannt: Außenress: Viktor Adler, Sozialdemokrat; Kriegsminister: Joseph Meier, Deutscher-Agrarier; Innerress: Dr. Kaspari; Finanzen: Dr. Steinwender, deutschnational; Gesundheit: Dr. Urban, deutschnational; Wohlhaber: Junkel, deutschnational; Unterricht: Falser, deutschnational; Justiz: Müller, deutschnational; Aerdau: Stadler, deutschnational; Post: Ritter, deutschnational; Industrie: Grünberg; elektrische Arbeiten: Berlitz, deutschnational; Gesundheit: Professor Dr. Raupp.

Heute mittag ist der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Übergabe der Regierung in Wien zusammengetreten. Der Staatsrat darf sich nur als Vertrag der Nationalversammlung und nicht als selbständiges Organ betrachten.

Besuchung von Triest durch die Amerikaner.

Wien, 1. November. Nach einer hier vorliegenden Rednung aus Polen erwartet man in südländischen Kreisen, daß die Besuchung von Triest durch die amerikanische Flotte, die mittlerweile vorsteht, die amerikanische Regierung will diese Maßnahme verhindern, daß durch die etwaige Einfangung Triests seitens Italiens eine Taktik gezeichnet würde, die bei den künftigen Auseinandersetzungen zwischen Italien und den Südländern am kostspieligsten zu großen Schwierigkeiten führen könnte.

Noch keine Beschlüsse.

London, 31. Oktober. (Neuter.) Es wird möglich, daß eine Entwicklung in der Friedensfrage eingetreten ist. Die Versprechungen, die in Paris stattgefunden haben, waren ihre Art nach vorläufige Verträge. Um bei diesen zugegen zu sein, ist auch Bonar Law zu den übrigen englischen Vertretern hinzugetreten. Der Kanzler kam erst heute in Paris an. Vielleicht wird bald eine irgendeine Mitteilung in Paris vorliegen, die über die Haltung der Alliierten von über den deutschen Waffenstillstand vor sich einigen kann. Ein großer Ausschluß geben wird. Bis dahin ist eine weiterliche Veränderung der Lage überhaupt nicht wahrscheinlich.

Zunehmende Auflösung des Heeres.

Wien, 1. November. Die Nachrichten von der Front leben immer trüber. Die zurückfließenden Truppen sind vielfach Desertier, sogenannte Grüne Gardisten, die unter Blättern und Sengen bereits das Lager suchten und Waffen gekommen haben. Wie verläuft, ist die Übergabe der Kriegsflotte an den italienischen Kriegsminister durch den Kaiser erfolgt, damit die Flotte nicht in die Hände des Feindes falle. Man spricht sogar auch davon, daß der Verbund verlangen werde, Deutschland zu befreien, ja, daß möglicherweise die Entwicklung so weit gehen kann, daß Verbündete Truppen auch in Wien erscheinen, falls ein Waffenstillstand geschlossen wird.

Wien, 31. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Se. Reichsminister gefallen, daß auf die Ansuchen Offiziere (Offizierspräsidenten), die in Ländern heimatisch sind, die welche die Nationalräte gebildet haben, den betreffenden Nationalräten zur Verfügung gestellt werden. Diese Dienststellung ist in dem für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu dienenden oder gebildeten militärischen Organisationen. Se. Reichsminister haben weiter gefallen, daß die Waffenkommandos den Mannschaftspersonen nach ihrer Wahl in den organisierten Verbündeten militärischen Verbänden eingeschrieben werden. Falls der Eintritt in die oben erwähnten militärischen Organisationen dem Organisierten Verbündeten unmöglich ist, dann ist eine andere Weise einzuhören.

Oesterreichisch-ungarische Waffenstillstandsbemühungen.

Wien, 31. Oktober. Amtlich wird verlautbart: Vor dem Kaiser gefallen, daß auf die Ansuchen Offiziere (Offizierspräsidenten), die in Ländern heimatisch sind, die welche die Nationalräte gebildet haben, den betreffenden Nationalräten zur Verfügung gestellt werden. Diese Dienststellung ist in dem für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu dienenden oder gebildeten militärischen Organisationen. Se. Reichsminister haben weiter gefallen, daß die Waffenkommandos den Mannschaftspersonen nach ihrer Wahl in die organisierten Verbündeten militärischen Verbänden eingeschrieben werden. Der Chef des Generalkommandos.

Die Flucht durch die Italiener überschritten.

Zugano, 1. November. Nach einem amtlichen italienischen Befehl wird die Schloß in Venetien als gewonnen erklärt. Die Panzer überqueren. Die Oesterreicher werden überall gefangen.

Friedensausruf der dänischen Gewerkschaften.

Die Vertreter der dänischen Fachverbände haben auf einer Konferenz in Copenhagen einen Aufruf erlassen, der das möglichste Zusammentreffen der gewerkschaftlichen Internationale sieht. Es heißt in dem Aufruf:

"Wie die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft zur Förderung ihrer allgemeinen Interessen beim Friedensschluß gemeinsam sind, muß es vielmehr die Aufgabe der Arbeiterschaft sein, den Friedensschluß zu beschleunigen und diesen nach den Ammen gelten zu erhalten, die überall den Imperialismus stillsetzen und einen dauernden Frieden zwischen den Völker und den Arbeitern einzuführen. Die Arbeiterschaft hat die Nationalversammlung. In die vollziehende Gewalt teilen sich Staatsrat und Staatsregierung. Wie die Arbeiterschaft die nationale Freiheit zu stützen, über die sie die nationale Arbeit zu stützen. Verdeden wir die Schmach, die auf unsrigen Kapppen tragen mit dem, was in unserem Herzen lebt." rief er unter dem Beifall der Menge. Dann werden auf Geheiß des Präsidenten des Abgeordnetenbaus Egessenz Koch die farblich schwungvollen Fahnen auf den Rästen vor dem Parlamentsgebäude eingezogen. Um 8 Uhr nachmittags tritt die Nationalversammlung zusammen.

Der Chef des Generalkommandos.

Die Regierung von Deutsch-Oesterreich.

Wien, 31. Oktober. Die deutsch-österreichische Regierung ist heute gebildet worden. Zu Staatssekretären waren benannt: Außenress: Viktor Adler, Sozialdemokrat; Kriegsminister: Joseph Meier, Deutscher-Agrarier; Innerress: Dr. Kaspari; Finanzen: Dr. Steinwender, deutschnational; Gesundheit: Dr. Urban, deutschnational; Wohlhaber: Junkel, deutschnational; Unterricht: Falser, deutschnational; Justiz: Müller, deutschnational; Aerdau: Stadler, deutschnational; Post: Ritter, deutschnational; Industrie: Grünberg; elektrische Arbeiten: Berlitz, deutschnational; Gesundheit: Professor Dr. Raupp.

Heute mittag ist der provisorische Staatsrat mit den Delegierten der Nationalversammlung zur Übergabe der Regierung in Wien zusammengetreten. Der Staatsrat darf sich nur als Vertrag der Nationalversammlung und nicht als selbständiges Organ betrachten.

Der Waffenstillstand der Lütkei abgeschlossen.

Dresden, 31. Oktober. Das Deutsche Bureau erläutert, daß die militärische Regierung dem Waffenstillstand zugestimmt hat und daß am 31. Oktober mittags unterzeichnet wurde.

Das Bureau bemerkt dazu: Die Partie ist nicht ausgetreten, eine amtliche Bekanntmachung liegt aber bisher nicht vor.

Die Verbündeten sind so überwältigend schnell zum Abschluß gekommen, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach gleich den Verhandlungen mit Bulgarien mit der Kapitulation endeten.

Und noch eine Krone fällt . . .

Berlin, 1. November. Privatmeedungen, die aus Wien hier eintreffen, berichten: Am 25. Oktober wurde in Gegenwart einer zahlenmäßigen Menge im Thronsaal des Reichstags die Tschechoslowakische Volksrepublik erklärt. König Karol ist auf den Thron verzichtet. An die Stelle des Staates ist ein Regierungsrat gestellt. Die Leitung der Bewegung liegt in den Händen des Führers der Bauernpartei Stambulinski. In letzteren Tagen hat sich zu ihm geschlagen.

Die wirtschaftliche Demobilisation.

Das Reichswirtschaftsamt legte unter Vorsitz des Staatssekretärs Freiherrn v. Stein die Kommission für Demobilisierung der Arbeiterschaft um den Bericht über die Zustand des Arbeitsausschusses entgegenzunehmen. Der Staatssekretär schreibt aus: Sollte es zur Demobilisierung kommen, so werden schnelle Entschlüsse und ihre rasche Umsetzung in die Tat unbedingt sein. Bei der Durchführung der durch die Demobilisierung erlösenden Aufgaben müsse jeder an seinem Teil mitarbeiten. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, Industrie, Gewerbe und auch der einzelne müsse ihr ganzes Wirken auf die Lösung dieser Aufgabe unter Bezeichnung der allgemeinen Gesamtziel einstellen.

Unterstaatssekretär Dr. Müller erklärte, daß der Arbeitsausschuß in zahlreichen Besprechungen Führung mit den wichtigsten Industrie- und Gewerbeverbänden aufgenommen habe und diese Vorschläge fortsetze. Als wichtigstes Ergebnis teilte er mit, daß die großen Arbeitgeberorganisationen ihre seßhafte Gestaltung aufzugeben haben, wonach sie es für ihre Ehrenpflicht betrachten, den ehemaligen Angestellten und Arbeitern nach der Entlassung aus dem Heeresdienst, soweit es die Betriebsverhältnisse irgend zulassen, wieder in ihre Betriebe aufzunehmen. Die Arbeitgeber haben die Bereitschaftlichkeit schon jetzt in großem Umfang ihren im Felde stehenden früheren Betriebsangehörigen mitgeteilt und wollen weiter tun, um die durch die Kriegsverhältnisse etwas abgesetzten persönlichen Beziehungen wieder aufzunehmen. Zu letztem Zweck können die Arbeitnehmer selbst viel beitragen, indem sie von sich aus an ihre früheren Arbeitgeber herantreten. Es ist außerordentlich, daß die Witwen oder Witzen befallener und ortsfremd gewordene Menschen ebenfalls eine Anwartschaft auf Belegschaft haben.

Nach Mitteilung des Unterstaatssekretärs hat der Arbeitsausschuß der Frage der Arbeitsbeschaffung bei seinen bisherigen Besprechungen die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat es sich besonders angelegen sein lassen, auf schleunige Vergabe der zahlreichen rücksichtigen Reichs-, Staats- und Kommunalaufträge, die Bürgermeister darstellen, hingewirkt, und hat Verschreibungen gegeben, diese Aufträge auf eine noch breitere Grundlage zu stellen und für schleunige Ablösungsdurchsetzung der hierfür benötigten Mittel zu sorgen. Die Pflicht zur Arbeitsbeschaffung erstreckt sich aber auf jeden eingeladenen, der in seinem Betriebe von sich aus jede solche Arbeit sofort so vorbereiten müsse, daß sie im Augenblick der Demobilisierung in Angriff genommen werden könne; dann nur sei eine rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Arbeitgebermöglichkeit möglich, die die Gewähr für eine ordnungsmäßige Durchsetzung der wirtschaftlichen Demobilisierung bietet.

Handgranaten gegen das Volk!

Die Leipziger Volkszeitung hat wieder einmal einen Sensation, nach der sie dürfte. Unter der Überschrift: "Gegen den inneren Feind! Maschinengewehre und Handgranaten gegen das Volk!" veröffentlichte sie eine geheime Dienstvorschrift des Garnisonkommandos Leipzig für die Truppenteile der Garnison Leipzig bei Ausmarsch auf Unteren und Niederen. Dieser Scheinbefehl ordnet die Bereitstellung von militärischen Sicherheitskommandos an und bestimmt die Maßnahmen bei Ausbruch von Unruhen: Bewaffnung der Truppeneinheiten mit Handfeuerwaffen, Maschinengewehren, Handgranaten und Gaswaffen, Ausbildung mit Proviant, Verbundspäckchen und Gaswaffen, Aufstellung von bewaffneten Sicherungen zum Schutz öffentlicher Gebäude und Magazine. Unter den "Allgemeinen Bestimmungen" befinden sich auch die Punkte:

4. Den Mannschaften ist der Grund der Bereitschaft bekanntzugeben. Sie sind auf ihre soldatischen Pflichten, auf Recht und Ordnung in erster Ordnung hinzuweisen. Beim Zusammenstoß mit dem ausländischen Publikum zum bestimmten, energischen Zeitpunkt, ohne sich in Niedereien einzulassen, zu ermorden.

5. Alle Kommandobüro müssen von dem Ernst der Lage berichtstragen. Es darf bei ihnen kein Zweifel vorhanden, daß die energische Maßnahmen die Unterdrückung der Unruhen herbeiführen können. Jedes unbestimmte Zaudern wird die Überzeugung und Annahmen der Masse verneinen. Rüdigensfalls darf vor dem Gebrauch der Schußwaffe nicht zurückgewichen werden.

Es war noch nie ein Beweis politischer Kugel, den Kampf gegen den inneren Feind" in geheimen Befehlen vorbereitet, die ja, wie seinerzeit schon der berühmte Bismarck erwies, nie so geheim bleiben, daß sie nicht doch bekannt werden und deren drastische Praktiziertheit dann erst jetzt die Unruhen provozierten kann, vor denen sie schützen wollten. Reichsregierung und Regierung werden sich auch mit diesem Handgranatenbefehl zu beschäftigen haben, der allem Anschein nach selbstherlich von einer militärischen Stelle erlassen wurde. Der es noch nicht klar geworden zu sein scheint, daß sich zwischen beiden und deutscher Menschheit gründet das.

Diese militärischen Machthaber sind es aber nicht allein, die die Situation noch nicht begriffen haben. Auch die Unabhängigen führen ihren längst sinnlos gewordenen Kampf mit den Waffen von gestern. Und wenn sie nicht nur in Versammlungen und nicht nur bei Straßensitzungen, sondern auch im Reichstag die Revolution mit Vorräten aus Bürgerblut als hohe bevorstehende bedrohen und hoch zu laufen, so dürfen sie sich nicht wundern, wenn in Bekämpfung eines vollständigen Umlaufes eine Umwandlung der

bestimmt Adressen, die ebenso schwer von Begriff sind wie die ihren, das Gewissen der nahen Revolution Unheil stiftet. Wenn die Unabhängigen diese Revolution nicht meinen und nicht wollen, dann sollen sie das endlich einmal klipp und klar sagen. Vieler haben sie aber nur freudlich die Hände geschrägt und sich als höchst gläubige Freunde aufgewiebelt. Erst am Sonntag wieder hat der Unabhängige Kubel nach einem Bericht des Vorwärts in einer Charlotenburger Versammlung offen ausgedroht, die Sowjetregierung habe den Unabhängigen "offiziell mitteilen" lassen, daß sie die "unvermeidliche deutsche Revolution" mit allen Mitteln unterstützen werde! Wie sich die bolschewistische Regierung und wahrscheinlich auch die deutschen Unabhängigen diese Unterstützung mit allen Mitteln" denken, geht aus dem Organ der Volksbewegung, der Prawda, vom 17. Oktober hervor. Dort steht es:

"Zug von Toten zu Toten übergreifend, will die Sowjetregierung ungestraft der bürgerlichen Verfolgung den deutischen Volksstaat mit Tod und Waffen und Revolutionserhebungen zu Hilfe kommen. Da die im Zweideck das illegalitäre Subland seine besten Mitarbeiter nach den Kunden des Weltkriegs haben, wo sie studablen Boden finden werden."

Die "Arbeiter" dieses Revolutionsprogramms scheinen tatsächlich schon unterwegs zu sein. Die Gedankensetzung, die sich schon mehrmals als gut unterrichtet erwiesen, macht in einem Artikel auf den erhofften Autoreversicht des russischen Vorstands zu Berlin aufmerksam. Sie behauptet, daß der Herrn Joffe während seiner Berliner Amtsführung bereits nicht weniger als 300 bis 400 Kuriere aus Petersburg und Moskau eingetroffen seien. Wo sie bleiben, weiß man nicht. Auch sei ein umfangreicher Waffenladungsmagazin aus Russland im Gange. Insbesondere wurden Handgranaten eingeführt. Mit dieser bolschewistischen Agitation hat sich auch bereit der Kriegsstab des Kabinetts befürchtet. Es sollen in diesem Zusammenhang verschiedene Art als notwendig erweisende Maßnahmen erwogen und beschlossen werden. Wie seien die Maßnahmen nun, erwarten aber, daß sie flügel sind als der Leipziger Handgranaten- und Gasbombenbeschluß.

Die Leipziger Volkszeitung soll aber nicht so tun. Wenn sie und ihre Anhänger die Revolution mit russischen Handgranaten predigen, dann soll sie sich nicht wundern, wenn auch ihre Gegner mit Handgranaten zu antworten bereit sind. Wenn sie es als unerheblich empfindet, daß sie es als unerheblich empfindet, daß nicht nur hinüber, sondern auch herüber geworfen wird, so ist das ihre eigene seltsame Aussöhnung. Oder erträumt sie sich eine Revolution, in der nur unabhängig bolschewistische Handgranaten auf den Adressen der Bürgertum explodieren? Die wäre allerdings ganz nach bolschewistischem Muster.

Regierungserneuerung Staatsratsbeschlüsse.

Die Beschlüsse des Staatsrats, von denen wir am Mittwoch nur einen Teile unseres Kenntnis geben konnten, laufen wörtlich:

1. Die Verfassung ist als bald dahin zu ändern, daß eine Anzahl von Ministern ohne Vorlesseille in das Gesamtministerium eintreten kann.

2. Dabei ist Vorlage zu treffen, daß die Ernennung zum Minister künftig kein Ersuchen der Mitgliedschaft in einer der beiden Kammer nur Folge hat.

3. Die Minister ohne Vorlesseille sollen weder Staatsbienereignis haben noch festen Gehalt beziehen. Sie erhalten Auswandertschädigung neben ihren Landabolden. Bobolig in Dresden soll nicht gefordert werden, ebenso wenig das Auscheiden aus dem Verein.

4. Der Staatsrat empfiehlt, zur Zeit vier Minister ohne Vorlesseille aus den Vertreternleuten der Zweiten Kammer zu ernennen.

5. Späterer Beratung soll vorbehalten bleiben, ob und wie den Minister ohne Vorlesseille behörende Arbeitsgebiete überwiesen werden sollen.

Bei diesen Vorschlägen handelt es sich um Vereinbarungen zu dem Zweck, die Ernennung von Landtagsabgeordneten zu Ministern ohne Vorlesseille zu ermöglichen. Auf Grund dieser Vereinbarungen soll dem Landtag bereits heute eine Vorlage zugehen, die eine Änderung der Artikel 41 und 71 Abs. 3 der Verfassung beinhaltet. Sie betreffen die Erneuerung der Ministerbeamten und den Verlust des Abgeordnetenmandats bei Eintritt in den Staatsdienst. Durch die Verfassungsänderung soll sowohl eine Vermehrung der Minister wie die Verhinderung des Abgeordnetenmandats für die Minister ohne Vorlesseille ermöglicht werden.

Gegen diese Art Neuordnung ist bereits eingewandt worden, daß sie nicht als parlamentarisches Regime gelten könne, denn dies bedinge die Auswahl aller Minister aus den Landtagsgliedern der möglichen Mehrheitsparteien. Dabei führt man sich aber doch etwas zu sehr auf die äußere Form. Die Hauptfrage ist doch, ob die Regierung dem Willen der Parlamentsmehrheit entsprechend zugegangen ist. Das ist aber infolge der Tatsache, daß auch die bereits ernannten Minister aus leitenden Regierungbeamten vor der Erneuerung des Mehrheitsparteien des Landtags genannt worden sind und deren Zustimmung erhalten haben. Das mag im Grunde darauf, daß einer oder vielleicht auch zwei der neuen Minister der leitenden Regierungsbürokratie entstammen, die konservativ gerichtet und einer freirechts Neuordnung abgeneigt war, nicht allenthalben verständlich erscheinen, ist aber wohl daraus zu erklären, daß man in einer so bitteren Zeit mit unüberbrückbaren Aufgaben ebenso dringlicher wie schwieriger Art und angesichts der finanziellen Niederdrückung nicht glaubte, auf die Erfahrung eingearbeiteter Beamter in bestimmten Pessors verzichten zu können. Die Kritiker aber, die diesen Vorschlag nicht als berechtigt halten, müssten sich gegen die Mehrheitsparteien wenden, weil sie keine richtige Miniherauswahl getroffen, könnten aber kaum noch erklären, daß man sich mit einem ungünstigen System habe absindnen lassen.

Freilich, dem westeuropäischen Parlamentarismus entspricht die lädtische Neuordnung nicht annehmbar. Das ist wohl zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß die lädtische Neuordnung wohl einen Bruch mit der konservativen Tradition darstellt, aber nicht mit der Regierung an sich bedeutet. Die in dieser für eine Neuordnung brauchbaren Männer sind mit berücksichtigt, und so ist unter Vermeidung eines vollständigen Umlaufes eine Umwandlung der

Regierung zu einem freiherrlichen Regime verhübt worden. Die sozialdemokratischen Vertreter würden sicher gern weiter gegangen sein, mußten aber berücksichtigen, daß sich gegenwärtig nur Neuerungen durchsetzen, für die in der Zweiten Kammer eine Mehrheit sicher war. — Die Bedenken gegen die leidige Neuordnung der Regierung sind gewiß weit bedeutsamer als die seitdem ernannten Minister dafür keine ausreichende Gewähr geben, doch dürfte das der Fall sein, sobald die geplante Ergänzung durch die vier Minister ohne Vorlesseille erreicht ist. Das aber ist schon in nächster Zeit zu erwarten.

Wer aber glaubt, daß die Minister ohne Vorlesseille einen ausreichenden Einfluß für reiche Durchführung einer weiteren freiherrlichen Neuordnung nicht würden ausüben können, der möge vor allem die mächtig für uns arbeitende Zeit beachten und berücksichtigen, daß bei Durchführung des Grundgesetzes, jede Regierung ist ohne das Vertrauen der Volksvertretung unmöglich, ein Regieren gegen den Willen der Parlamentsmehrheit ausgeschlossen ist. Es müßte daher jede Regierung, die mit der Kammermehrheit nicht mehr übereinstimmt, zurücktreten und einer anders zusammengesetzten neuen Platz machen.

Das aber ist offenbar das Entscheidende. Nur erscheint es uns nötig, diese Grundlage der parlamentarischen Regierung von Anfang an durch eine Ergänzung der Verfassung oder ein besonderes Gesetz neu zu regeln, das nur die Feststellung enthalte braucht, daß die Regierung, besonders aber der Ministerpräsident, das Vertrauen der Zweiten Kammer haben müsse. Würdigungswert erweckt es sicher, die Stellung eines verantwortlichen Ministerpräsidenten verhängnisvoll klarzustellen. Dagegen besteht wohl die Absicht, einen solchen Ministerpräsidenten zu schaffen, aber an einer rechtlichen Grundlage hierfür fehlt es noch, wenn auch die Wirksamkeit des Justizministers Dr. Heinz einigermaßen mit der einer verantwortlichen Regierungspolitik vergleichbar sein mag.

Damit wollen wir keineswegs fordern, daß der Staatsrat die wichtigen Grundlagen für das parlamentarische Regime vorbereiten soll. Mit ihm haben wir trotz der runden Arbeit der letzten Tage nichts übrig. Auf keinen Fall können wir uns damit einverstanden erklären, ihm weitere Vorlagen zur Vorbereitung zu überlassen. Denn diesem Staatsrat fehlt der einheitliche Willen zur freiherrlichen Neuordnung. Hat er auch unter dem Druck der drohenden Stunden rasch einträgliche Vorschläge gefasst, so möchte die Ausdehnung dieser Art Vorbereitung auf die übrige Neuordnung zu einem hin und her verschiedenster Meinungen und Meinungen führen, wodurch bedenkliche Verzögernungen eintreten mügten. Die Zeit fordert eindeutig eine rohe Gestaltung der freiherrlichen Neuordnung; dazu ist der Staatsrat nicht zu gebrauchen. Er war erträglich zu der einen Aufgabe, die verfassungsgeschichtliche Grundlage für die neue Regierung zu schaffen. Zu das gehörend, dann muß die Initiative zum weiteren stellvertretlichen Ausbau allein der neuen Regierung und der Kammermehrheit gestehen. Erstere würde sich aber selbst unter einer noch dazu unverbindlichen Vormundschaft begeben, wenn sie ferner einen Staatsrat dulden würde.

Der Staatsrat hat sich anscheinend auch mit der Ernährungsschwierigkeit beschäftigt. Denn nach den vorliegenden Mitteilungen hat er auch beschlossen, daß zur Vorbereitung von Ernährungsschwierigkeiten bei den zuständigen Reichsbehörden unverzüglich die wirkamsten Schritte unternommen werden sollen.

3800 Tonnen versenkt.

Berlin, 31. Oktober. (Amtlich) Im Sperrgebiet um England verloren unsere U-Boote 3800 Bruttoregistertonnen Handelsfahrtrum. Im Mittelmeer erzielte ein deutsches U-Boot Torpedotreffer auf einen französischen Panzerkreuzer. Weitere Wirkung des Erfolges konnte nicht beobachtet werden.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Der Abbau des U-Boot-Krieges?

Genf, 30. Oktober. Wie der Temps meldet, haben die deutschen U-Boote seit vier Tagen ihre Tätigkeit eingestellt. Es sei dies offenbar eine Folge des Eingehens Deutschlands auf die Forderungen Wilsons.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

8. Sitzung. Mittwoch, 30. Oktober 1918, nachmittags 3 Uhr. Auf die Tagesordnung steht lediglich die Schulberatung über die Eingabe des Bergarztes Kurt Dittmar in Mühlau-St. Jacob wegen der angeblich zu Unrecht erfolgten Zwangsversetzung seines Grundstücks. Nach der Berichtigung des Bergarztes Sandermann (Soz.) beschließt das Haus antragsgemäß, die Eingabe auf sich beruhnen zu lassen.

Währe Sitzung: Freitag, 30. Oktober 1918, 10½ Uhr; Sitzung einer Verfassungsabstimmung und des Wahlkreises.

Letzte lokale Nachrichten.

Aus dem Landtag.

Die Zweite Kammer nahm heute den Gesetzentwurf über eine verhinderte Zusammensetzung des Gesamtministeriums in Verarbeitung. Dabei kam es zu einer längeren politischen Debatte, die in der Hauptstube von den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen befehlten wurde. Dann wurde die Vorlage gegen die Stimme der Unabhängigen angenommen.

Dresdner Polizeibericht.

Eindruck in ein Goldwarenschätz. In der Nacht zum 31. Oktober drangen Diebe in ein Goldwarengeschäft auf der Baugasse ein und stahlten Uhren und kostbare Goldwaren von beträchtlichem Wert. Vor Ablauf wird gewarnt. Sachdienliche Mitteilungen erütteln die Kriminalpolizei.

Feindliche Heeresberichte.

Belgischer Heeresbericht vom 28. Oktober.

Die Lage ist unverändert. In der Zeit vom 14. bis 27. Oktober hat sich die Gesamtzahl der von der Armeegruppe in Flandern Gefangenen auf 18 288 erhöht, darunter 381 Offiziere. Es wurden 732 Gefangene von der belgischen Armee eingefangen, zugleich 12 000 Gefangene, die vom 28. September bis 14. Oktober eingefangen wurden. Überstürzt die Gesamtzahl der in einem Monat eingefangenen Gefangenen über 30 000. Das Kriegsgericht aller Art ist so zahlreich, daß es nicht gefüllt werden konnte. Die Zahl der erbeuteten Geschütze betrug in der Zeit vom 14. bis 27. Oktober 600. Wehr als 12 000 Soldatenengeschüte wurden erbeutet.

Deuben.

Die ansässige Firma und Werkstatt für gezeugte Kleidungsstücke sowie Schuhwaren befindet sich hier, Dresdner Straße 30, gegenüber dem Rathaus. Sie ist geöffnet von 8 bis 7 Uhr nachmittags. [W 28]

Deuben, am 17. Mai 1917.

Der Gemeinderatsherr.

**Ortskrankenkasse
Kötzschenbroda.****Ärztliche Sprechstunde**

Die Ratsmitglieder und Beamtenangehörige an Werktagen von 8 bis 4 Uhr im Ratskeller, Bahnhofstr. 12 B. Besuchserlaubnisse werden an Ratsbüro angekommen. [S 47]

Der Ratsvorstand.

**Renten- u. Sterbeversicherungsberein der
Schleifer u. verwandten Berufe zu Dresden**

Zum Abschluß zur Erwähnung, daß in der am 26. Oktober abgehaltenen Generalversammlung Herr

Georg Beck, Friedrichstraße 28, 4.
wieder wie in der vorherigen Nummer 48, 4) als Vorsitzender gewählt worden ist. Vom 1. November an sind alle An- und Abmeldungen an denselben zu richten. [S 47]

Die Stelle des Ratssekretärs bleibt bis auf weiteres bei dem Mitglied **Lange, Rittergasse 15.** Der Vorstand.

Achtung! Achtung!**Köhlers Sportplatz, Mickten**

Samstagabend, Sonntag, Montag den 2., 3., 4. November

zum letzten Male. [B 1154]

Große Volksbelustigung

Um zahlreichen Besuch bitten Die Veranstalter.

Buntes Theater

im Tivoli-Palast [S 48]

Bei Wiedereröffnung

Gastspiel

Oskar Hermann Röhr

der Liebling der Dresdner

u. das übrige große Programm

Pelzwaren**Alaska-Füchse**

Griesfuchs :: Schakal
Hirs :: Feh :: Marder

[B 222]

Reizende Kinder-Garnituren

in größter Auswahl

**Strassburger
Haar-Bazar**

Wettinerstr. Ecke Zwingerstraße
Hauptstraße 2 Ecke Markt

Größtes Hutlager Dresdens

[B 1161]

Ernst Haesel: Die Welträtsel

Preis 2 Mark.

Meine langen, schweren Leiden vertrieben am 30. Oktober meine unvergleichliche, innig geliebte Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 1918, um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

[B 1161]

Frau Auguste Seima Frauenich

geb. Glaser

im nahezu vollendeten 88. Lebensjahr.

Burg, Polonie, am 31. Oktober 1918.

Der tiegelgebogene Gatte nebst Kindern

und allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Sonntag den 8. Nov. 191

